

Fachbereich Büro des Oberbürgermeisters
Referat Bezirksgeschäftsstellen
0103.50

14. Oktober 2024
Herr Beddig
Tel.: 3491

Protokoll

Bürgersprechstunde von Herrn Oberbürgermeister Dr. Kornblum im Stadtbezirk 322 Nördliche Schunter-/Okeraue am 31.07.2024 von 17:00 Uhr bis 18:23 Uhr im Gemeinschaftshaus Thune, Thunstraße 8a, 38110 Braunschweig

Herr Oberbürgermeister Dr. Kornblum begrüßt die ca. 40 anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner sowie Herrn Bezirksbürgermeister Degering-Hilscher. Er stellt die anwesenden Verwaltungsvertreter Herrn Stadtbaurat Leuer, Frau Stadträtin Dr. Rentzsch, Herrn Wirtschaftsdezernent Leppa, Herrn Stadtrat Herlitschke, Herrn Hohls (Geschäftsführer der Hafенbetriebsgesellschaft mbH) und Herrn Beddig (Referat Bezirksgeschäftsstellen) vor. Anschließend bittet Herr Dr. Kornblum um Wortmeldungen.

Verkehrssituation im Rohrbachweg

Eine Einwohnerin moniert, dass das ständige Bestehen auf einem Gehweg nicht sinnvoll sein, da der Rohrbachweg seit 45 Jahren nicht als Gehweg behandelt werde. Sie hält die Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereiches für sinnvoll, um die Durchfahrgeschwindigkeit zu minimieren und auch den Anwohnenden, die dort Garagen besitzen, Rechnung zu tragen.

Stadtbaurat Leuer erläutert, dass die Ausweisung des Waller Weges als verkehrsberuhigten Bereich bedeuten würde, dass der Verkehr deutlich zunehmen würde, da er dann von allen Verkehrsteilnehmenden befahren werden dürfte. Aus Sicht der Verwaltung besteht kein akuter Handlungsbedarf.

OB Dr. Kornblum bittet darum, dass ein Ortstermin mit Anliegenden, dem Stadtbezirksrat und der Verwaltung anberaunt wird, um die Sachlage zu klären.

Schließung der Landessammelstelle Niedersachsen / Leese

Ein Einwohner begrüßt, dass Herr OB Dr. Kornblum den Appell der Region zur Ablehnung des Atomüllendlagers Schacht Konrad sehr aktiv unterstützt. Hierdurch werde durch 30 Kommunen - auch durch Braunschweig - wichtiger politischer Druck auf das Landes- und das Bundesumweltministerium aufgebaut. Unter anderem sei im Appell vermerkt, dass die kommunalen Vertreterinnen und Vertreter der Region sich in der Verantwortung sehen, die bestmögliche Lösung für die Lagerung strahlender Abfälle zu suchen, statt an einem veralteten Projekt festzuhalten, nur weil es genehmigt wurde.

Er fragt Herrn OB Dr. Kornblum, warum er Salzgitter deutlicher als Braunschweig unterstütze und warum bei der Fa. Eckert & Ziegler angesichts eines höchst ungünstigen Standorts auf Bestandsschutz verwiesen werde. Der OB solle hier einen ähnlichen Appell initiieren und deutlich Stellung beziehen.

OB Dr. Kornblum unterstreicht, dass die rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Die Stadt sei in der Sache sehr engagiert. Die Verwaltung bleibe bei dem Thema weiter aufmerksam.

Aus Sicht eines Einwohners habe das Unternehmen in der Beantwortung einer Anfrage des Stadtbezirksrates nicht explizit ausgeschlossen, dass Fässer aus der Landessammelstelle

Leese nach Braunschweig gekommen, sondern dies im Rahmen der bestehenden Genehmigung möglich sei.

Ein weiterer Einwohner fragt, was der OB dagegen tun will, dass Eckert & Ziegler die Fässer, die von der bestehenden Genehmigung gedeckt sind, nach Braunschweig kommen. OB Dr. Kornblum weist auf das Schreiben des Niedersächsischen Umweltministeriums hin und sagt zu, dass die Verwaltung nachfragt, wie das Schreiben, wonach keine radioaktiven Abfälle der Landessammelstelle Leese nach Braunschweig zur Lagerung gebracht werden, zu interpretieren ist. Er betont, dass die Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger für ihn an erster Stelle steht. Aus seiner Sicht würde heutzutage eine solche Firma nicht mehr so nah an bestehender Wohnbebauung angesiedelt. Der Standort Thune sei in dieser Form gewachsen.

Eine Einwohnerin fragt, ob bekannt ist, ob Eckert & Ziegler bauvorbereitende Maßnahmen durchführt oder bereits ein konkreter Bauantrag vorliegt. Stadtbaurat Leuer antwortet, dass die Fa. Buchler die temporäre Aufstellung von zwei Laborcontainern für den Zeitraum von sechs Monaten auf dem Grundstück Harxbütteler Straße 3 und die Fa. Eckert & Ziegler Umweltdienste GmbH den Neubau eines Bürogebäudes mit Pausenräumen auf dem Grundstück Gieselweg 2 beantragt hat.

Räumliche Nähe von Baugebiet Wenden West und Firma Eckert & Ziegler

OB Dr. Kornblum fasst die eingereichte aber nicht vorgetragene Frage eines Bürgers zur Sicherheit der Hinzugezogenen im Baugebiet Wenden-West zusammen.

Stadtbaurat Leuer erläutert, dass dem Schutz der Bevölkerung vor der schädlichen Wirkung ionisierender Strahlung durch das Strahlenschutzgesetz (StrlSchG) und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, insbesondere der Strahlenschutzverordnung (StrlSchV), Rechnung getragen wird. Im Strahlenschutzrecht müssen Grenzwerte im bestimmungsgemäßen Betrieb und bei Störfällen bereits in unmittelbarer Nähe des Betriebsgeländes eingehalten werden. Bei Vorliegen von mehreren zu betrachtenden genehmigungs- oder anzeigebedürftigen Tätigkeiten hat die für den Strahlenschutz zuständige Behörde darauf hinzuwirken, dass die festgelegten Grenzwerte für Einzelpersonen der Bevölkerung insgesamt eingehalten werden.

Erweiterung der Hafenbahn

Ein Einwohner fragt nach der Erweiterung der Hafenbahn und sorgt sich um Lärmemissionen durch Diesellokomotiven am Übergabebahnhof und ganztägigen Lieferverkehr.

OB Dr. Kornblum macht deutlich, dass noch keine definitiven Aussagen getroffen werden können. Wenn die erforderliche Fertigungstiefe gegeben ist, um belastbare Informationen geben zu können, werde dies umgehend erfolgen. Es gebe in der Tat noch offene Fragen.

Wirtschaftsdezernent Leppa informiert, dass es Ziel sei, Batteriesysteme über die Schiene zu transportieren. Nach Informationen der Hafenbetriebsgesellschaft mbH sollte das Volumen von einer zusätzlichen Bahnfahrt pro Tag bis auf weiteres dadurch nicht überschritten werden. Es sei keine große Zahl an Zügen zu erwarten.

Herr Hohls bestätigt, dass Diesellokomotiven im Übergabebahnhof potentiell Lärmemissionen verursachen können, allerdings seien Zugführende angehalten, die Motoren bei längeren Standzeiten auszustellen. Sofern die Einwohnerinnen und Einwohner dort andere Handhabungen feststellen, bittet er um Information an die Hafenbetriebsgesellschaft mbH. Um die Anzahl der erforderlichen Zugfahrten zu reduzieren, werde versucht, Züge mit einer Länge von bis zu 740 Meter fahren zu lassen. Hierfür seien verschiedene Maßnahmen am Übergabebahnhof und am vorgelagerten beschränkten Bahnübergang erforderlich. Am

ungesicherten Bahnübergang Sandanger sei ein zweimaliges drei Sekunden langes Warnsignal durch die Zugführenden erforderlich.

Ein weiterer Bürger fragt, ob die höhere Zugfrequenz bzw. Zuglänge Auswirkungen auf die Hilfsfristen für Rettungsdienste hätte. Die Hilfsfristen seien im Norden der Stadt im Vergleich zu anderen Stadtgebieten zu lang. OB Dr. Kornblum sagt zu, dass eine Antwort nachgereicht wird.

Herr Hohls antwortet auf Nachfrage eines Einwohners, dass Zugfahrten zwischen 22 und 6 Uhr nicht erfolgen sollten.

Herr Hohls antwortet auf Nachfrage eines Einwohners, dass die Anzahl an Zugfahrten einen gesicherten Bahnübergang Sandanger wohl nicht rechtfertigen würden.

Zukunft der Altentagesstätte Veltenhof

Ein Vertreter der Interessengemeinschaft Veltenhof macht deutlich, dass die vorhandenen Mittel für den Betrieb der Altentagesstätte Veltenhof nicht auskömmlich sind. OB Dr. Kornblum würdigt die geleistete ehrenamtliche Arbeit. Frau Dr. Rentzsch weist darauf hin, dass bislang kein Antrag auf zusätzliche Mittel vorliegt. Für Anfang August 2024 sei ein Gesprächstermin vorgesehen, an dem die Interessengemeinschaft Veltenhof teilnehmen soll. Eine Verpflichtung zur Erstattung von Betriebskosten bestehe für die Stadt nicht, allerdings sei das ehrenamtliche Engagement zu würdigen. Gemeinsam sollte eine Lösung gesucht werden. Kontaktdaten sollen ausgetauscht werden. Ein Bezirksratsmitglied weist darauf hin, dass der Stadtbezirksrat bei den letzten Haushaltsberatungen die Betriebskosten bereits hinsichtlich möglicher Unterstützung thematisiert habe. Frau Dr. Rentzsch weist auf die vielfältigen Bedarfe auch anderer Seniorenzentren hin.

Sanierung der Schunterbrücke

Ein Einwohner fragt, wie der Fußgänger- und Autoverkehr während der Sanierung der Schunterbrücke verlaufen soll. Stadtbaurat Leuer antwortet, dass noch keine Details vorliegen, dies aber sorgfältig überlegt werde.

Mängelmelder

Eine Einwohnerin lobt, dass Eingaben beim Mängelmelder schnell und gut bearbeitet werden.

I. A.

gez.

Beddig